

An den Landrat
des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Kreisverwaltung

9. November 2023

Sitzung des Kreisausschusses am 6. Dezember 2023

Anfrage: Situation der Ausländerbehörde des Rhein-Kreises Neuss

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

bundesweit stehen die Ausländerbehörden unter Druck und sind überlastet. Vor der Stuttgarter Ausländerbehörde bildet sich laut eines Tagesschau-Berichts ([Link](#)) vom 8. Sept. 2023 „jede Nacht, bis zu 15 Stunden vor der Öffnungszeit, eine Schlange mit Zelten und Campingstühlen“. Migrant*innen müssten deswegen um Aufenthaltstitel und Jobverlust fürchten.

Die Ausländerbehörde des Rhein-Kreises Neuss ist zuständig für die Menschen in Grevenbroich, Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch und Rommerskirchen. Vor diesem Hintergrund bitten die **Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** die Kreisverwaltung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Wie viele Beratungstermine hat die Ausländerbehörde des Kreises bislang in 2023 durchgeführt und wie lange betrug die durchschnittliche Wartezeit auf einen Termin?
- Über wie viele Planstellen verfügt die Ausländerbehörde und wie viele dieser Stellen sind derzeit vakant oder stehen aus anderen Gründen nicht zur Verfügung?
- Für wie viele Fälle ist ein*e Mitarbeiter*in der Ausländerbehörde verantwortlich und wie lang beträgt die durchschnittliche Bearbeitungszeit? Wie viele Überstunden haben die Mitarbeiter*innen geleistet und wie viele Entlastungsanzeigen wurden in 2023 gestellt? Gibt es eine erhöhte Personalfluktuatation und wie ist diese ggf. zu erklären?
- Wie viele Fiktionsbescheinigung (vorläufiges Aufenthaltsrecht) wurden in diesem Jahr bislang ausgestellt?
- Welche (kurzfristigen) Maßnahmen wurden von Seiten der Kreisverwaltung eingeleitet, um die Situation in der Ausländerbehörde zu verbessern?
- Liegen der Kreisverwaltung Daten zu den o.g. Fragen seitens der Städte Neuss und Dormagen vor, die die Aufgaben der Ausländerbehörde selbst wahrnehmen? Wie gestaltet sich die dortige Situation?

- Welche Wartezeiten ergeben sich zurzeit für die einzelnen Anliegen bei der Online-Terminbeantragung?
- Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung durch eine (temporäre) Übertragung von Teilkompetenzen an die kreisangehörigen Kommunen eine Reduzierung der langen Wartezeiten zu erreichen? Dieses sollte natürlich nur in Abstimmung mit den Kommunen erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender (SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende (GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender (GRÜNE)